Informationen
Kommentare
Meinungen

Die Brennessel

Kritische Stadtteilzeitung

Aus dem Inhalt:

Kohl, der politische Enkel Adenauers
Aufgespießt
Am 6. März – Nein zur rechtsliberalen Regierung

5. Jahrgang
Nr. 1
28. Februar 1983
Auflage: 1.000 Stück

„Die Brennessel"
kritische Stadtzeitung

Herausgeber und
verantw. Redakteur:
Klaus Adamek

Redaktionsanschrift:
Fichtenweg 47
Winterberg - Tel. 370

Druck: Eigendruck

Herr Kohl, der"politische Enkel" von Konrad Adenauer

Viele Menschen haben ihre persönlichen Vorbilder, vor allem die Politiker. Diese verkünden zur eigenen Profilierung gelegentlich, sich bekannten Persönlichkeiten und deren Erbe verpflichtet zu fühlen. So ist für Herrn Kohl, wie er ja selbst sagt, Konrad Adenauer das große Vorbild.
Die Menschen fallen, wie die Geschichte lehrt, doch immer wieder herein. Jemand,der es wissen mußte, hat einmal gesagt: "Nimmt man den einzelnen, so ist er leidlich verständig und vernünftig. Nimmt man aber die Masse, entsteht gleich ein großer Dummkopf daraus."- Es ist erschreckend, mit wie wenig Verstand die Völker, gerade auch wir Deutschen, regiert werden.- Eine kurze Rückschau nur in dieses Jahrhundert: Da hatten wir einen Kaiser namens Wilhelm II. Seine folgenschwerste "Leistung" war 1914 die Kriegserklärung an mehr als die halbe Welt. Was kommen mußte: Versaille. Dann kürte man 1925 Hindenburg zum Reichspräsidenten, einen typischen "Kommißkopf", einen unfähigen Politiker. Er übergab 1933 Adolf Hitler die Macht im damaligen Deutschen Reich.-Die Ergebnisse des tausendjährigen Reiches, das 1945 ja um einige Jahre zu früh zu Ende ging,brauchen nicht eingehend erörtert zu werden. Gemeinsame Schuld an diesem Geschehen 1933 hatten die Rechtsparteien, die Großindustrie und die damalige Reichswehr.
Nach 1945 mußte unser Volk wieder eigenregierbar werden. Konrad Adenauer erreicht als erster die Regierungsmacht und prägte entscheident die Zukunft. Das Überwiegend gute "Ahlener Programm" vom 3.2.1947 mit seinen herausragenden Pfeilern "Nie wieder Aufrüstung- nie wieder Großkapitalismus" nutzte Adenauer auch aus taktischen Gründen als richtungsweisendes Konzept für eine angepeilte "Christlich-Demokratische Union" Diese Bezeichnung, besonders mit dem "Hohen C " voran, zog natürlich. Man wollte nach der NS-Zeit schließlich wieder Christ, nach der Diktatur wieder Demokrat sein. Die allumfassende Benennung "Union" wirkte ohnehin. Auch stellte Adenauer den beiden großen Konfessionen die staatliche Einziehung der Kirchensteuer in Aussicht. Die meist gewogene Presse tat ihr Übriges. Damit reichte es für Adenauer, wenn auch hauchdünn, zur Kanzlerschaft 1949.
Nur - wir tragen mal wieder die Folgen!
Man muß hier doch mal daran erinnern, mit welchen Ungereimtheiten und nicht eingehaltenen Versprechungen der heute so oft bemühte"Staatsmann" Adenauer die vertrauensseligen Bürger damals regelrecht betrogen hat. Dabei ist es gut, so einige seiner Aussagen gesammelt zu haben.
Sie stammen aus der Zeit vor den ersten Bundestagswahlen oder ganz kurz danach.
Adenauer wörtlich:

1945:".. Wer das Schwert zieht, kommt durch das Schwert um. Das sind wahre Worte."

1947:"Eine Wiederaufrüstung Deutschlands wird dem Frieden in Europa und in der Welt nicht dienlich sein."

1947:"Wir sind damit einverstanden,daß wir völlig abgerüstet werden... Ich glaube,daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden wäre,wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden "

1949:"Die Bundesregierung erklärt die feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrecht zu erhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung eigener Militärstreitkräfte zu verhindern."

1949:"Es muß ein für allemal in der Öffentlichkeit klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und damit gegen eine Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht bin."

Deutlicher kann man sich ja wohl nicht ausdrücken!
Doch was geschah schon kurz nach der Wahl: Am 30.8.1950 machte Adenauer im Alleingang den Amerikanern sein Angebot einer westdeutschen Aufrüstung gegen die östliche Besatzungsmacht. Dies ohne Wissen seiner Minister, geschweige denn des Bundestages!
Hätten die Wähler damals vor der Bundestagswahl 1949, als sie das entsetzliche Elend noch in den Knochen hatten, geahnt, was Adenauer entgegen seinen feierlichen Versprechungen in der Tat verwirklichen würde, hätte er wohl keine 10%,vielleicht nicht mal 5% der Wählerstimmen bekommen. Eine CDU als Partei würde heute wahrscheinlich gar unbekannt sein.
Außer der immer zur rechten Zeit Profit witternden Groß-und Rüstungsindustrie,die damals auch Adenauer und der CDU mit "Schmiergeldern" kräftig unter die Arme gegriffen hat,hielt sich Adanauer zum Stimmenfang auch gut Freund mit früheren Nationalsozialisten und wurde so mitverantwortlich für den sich anbahnenden Rechtsdrall in der CDU.Da wurde-nur ein paar Stichworte- ein Dr.Oberländer,ehemals "Reichsführer des Bunds Deutscher Osten" Minister im Kabinett Adenauer. Einen Dr. Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, machte Adenauer zu seinem Staatssekretär.Der zwielichtige Abwehrchef Hitlers, Gehlen, durfte 1955 Chef des Bundesnachrichtendienstes werden. Eine Kurt Georg Kiesinger, ehemals in Göbbel's Propagandaministerium konnte später gar Bundeskanzler

werden.Eine ganze Liste von namhaften Nationalsozialisten,die später CDU - Mitglieder wurden,ließe sich aufstellen. Man braucht,was die unbewältigte Vergangenheit angeht,übrigens garnicht weit zu gehen.Man kann und konnte in den meisten Orten rundum - wobei wie immer Ausnahmen die Regel bestätigen - vielfach feststellen, daß die ersten älteren Mitglieder der CDU, speziell auch Kommunalpolitiker,im dritten Reich nicht ungefährliche,zur Denunziation fähige Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Und so einiges hatte sich,um noch mehr in der Nähe zu bleiben,doch ein späterer Geschäftsführer der Kreis - CDU als früherer HJ - Führer ja auch geleistet. Von den Anwälten und Richtern in der NS-Zeit,zeit- und teilweise waren sie auch Kriegsgerichtsräte gewesen,ist abgesehen von ihrem obersten Vorgesetzten Freisler niemand ernsthaft zur Rechenschaft gezogen worden,obwohl sehr viele von ihnen mit ihren Urteilen gegen Gegner des Nationalsozialismus Dreck am Stecken hatten.Pauschale Entschuldigung immer: "Befehlsnotstand"!
Übrigens befürwortete Adenauer in den 50 er Jahren,daß Juristen,die sich wegen ihrer Tätigkeit in den Jahren 1933 - 45 belastet fühlten,frühzeitig in den "verdienten" Ruhestand gehen oder auch nach eigener Wahl im Beruf verbleiben konnten. Diese letzteren wurden dann,wenn nicht schon vorher geschehen,meist an andere Dienststellen versetzt. - Wilhelm Busch würde dazu sagen:"Wenn wer sich wo als Lump erwiesen,so schickt man in der Regel diesen,zwecks moralischer Erhebung, in eine andere Umgebung.Der Ort ist gut, die Lage neu,der alte Lump ist auch dabei."

Adenauer trug auch zur negativen Entwicklung der Bundesrepublik besonders 1952 in ihrer Außenpolitik maßgeblich bei,indem er einen seitens der Russen eingebrachten Vorschlag eines auch vom Osten garantierten wiedervereinten und neutralen Deutschlands fast unbesehen abgelehnt hat.Dieses Angebot wäre bei der damaligen internationalen Situation zumindest einer genaueren Prüfung wert gewesen."Erst stärker werden, dann können wir mit den Russen vernünftig verhandeln", so meinte Adenauer.Es kam anders: Zum "kalten Krieg",zur "Mauer", zur wohl endgültigen Spaltung Deutschlands,zu den in Waffen erstarrten Fronten der Großmächte,auch von Deutschen gegen Deutsche!Heute dürfen wir uns auf Giftgas - und Atomwaffendepots "wohlfühlen", die die ganze Welt zig-mal vernichten können.Düsenflugzeuge über uns lassen nichts Gutes ahnen,man weiß fürwahr manchmal nicht,ob wir in enem Protektorat oder auf einem internationalen Truppenübungsplatz leben.
Es ist auch nicht so, daß Adenauer nicht gewarnt worden wäre.So hat ihn beispielsweise ein Privatlehrer im Hause Adenauer, ein Pfarren i.R. Paulus R.,anfangs der 50-er Jahre persönlich vor einer Aufrüstung und damit einer zu engen Anlehnung an die USA gewarnt:Krasser Materialismus,wachsende Kriminalität,eine sinkende Moral würden die Folge sein! Adenauer sorgte dann später für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.Wir ließen es wieder einmal mit uns machen! Selbst die Scharfmacher in den USA begnügen sich noch heute mit Freiwilligen. Was hat doch Adenauer,dies am Rande,mal persönlich gesagt:"Ich bin froh,das Glück für mich in Anspruch nehmen zu können, nie Soldat gewesen zu sein."
Als die CDU bei der Wahl 1958 die absolute Mehrheit erreicht hatte,betrieben Adenauer und selbstverständlich auch sein Sonderminister Strauß gar die Atomwaffenausrüstung der Bundeswehr!Am 5.7.1957 noch,also kurz vor dieser Wahl,hatte Adenauer als amtierender Kanzler wörtlich erklärt:"Wir wollen keine Atomwaffen,wir wir lehnen sie ganz bewußt ab."Im übrigen bezeichnete Adenauer zur Beruhigung der "dummen" Bürger trotz Hiroshima und Nagsaki,Atomwaffen nur als "eine Weiterentwicklung der Artillerie".Das Ziel einer Atombewaffnung der Bundeswehr haben Adenauer und seine Kumpane letztlich doch nicht erreicht, weil das offenbar selbst den Verbündeten zu riskant schien.
Der frühere ,in der damaligen Weltwirtschaftskrise unglücklich regierende Reichskanzler Brüning (1930/32) war in den ersten Nachkriegsjahren und nochmals 1953 oder 1954 in die Bundesrepublik zurückgekehrt, um hier an einer wirklichen Friedenspolitik mitzuwirken und eine betonte Aufrüstung zu verhindern.Mit List und Tücke wurde er von seinem alten Rivalen Adenauer weggeekelt.

Ein besonderes Versäumnis der Nachkriegsjahre ist nach meiner Meinung auch, was indirekt auch Adenauer zuzuschreiben ist, daß in unseren Schulen über Werdegang und Geschehnisse im Dritten Reich zu wenig unterrichtet worden ist.
Es ließe sich noch mehr Negatives über den oft über Gebühr verehrten Konrad Adenauer sagen.Das wenige Positive wird in den Medien überreichlich strapaziert, sodaß man hier auf Einzelheiten verzichten darf.
Ich möchte abschließend keineswegs behaupten, daß diejenigen,die heute von Verteidigung, Abschreckung,auch von der Aufstellung von weiteren Raketen sprechen oder von der nicht ungeschickten Propaganda der CDU in Presse und Fernsehen angetan sind,etwa den Krieg wollen.

Aber durch langzeitige Medienbeeinflussung, Leichtgläubigkeit und gefährlichen Optimismus kann nun mal ein Volk sehr leicht und ungewollt in einen Krieg hineinschlittern.Mit den drei bekannten Affen und ihrer indischen Weisheit:"Nicht sehen, nicht hören, nicht sprechen" wollen oder sollen ist es einfach nicht mehr getan! Man wehre doch endlich, sofern es heute noch nicht zu spät sein sollte, den Anfängen!Damals ließ man Adenauer ohne besonderen Widerstand die Aufrüstung betreiben.Heute muß man die Befürwortung einer drohenden Aufstellung von Pershing 2 Raketen und Cruise missiles mit allergrößter Skepsis und Sorge verfolgen.Die aufgestellten russischen SS 20-Raketen sollen hier keineswegs gerechtfertigt werden.Da jeder realistische Politiker im Zuge des Nato-Doppelbeschlusses eine sogenannte Null-Lösung als utopisch ausschließt, wird auf westlicher Seite auf jeden Fall "nach" - und weiter gerüstet.Es bedarf keiner hellseherischen Gabe, zu behaupten, daß der Osten nicht tatenlos zusehen und auch entsprechend weiterrüsten wird.Welches Ende darf sich nach Meinug unserer Verantwortlichen wie Strauß,Kohl,Wörner und Genscher der Normalbürger zum Schluß der Gedankenkette vorstellen?
Deutschland hat in diesem Jahrhundert zweimal vor der Entscheidung gestanden, zu rüsten,um damit angeblich dem Frieden zu dienen, immer auch unter dem Hinweis auf die Verteidigungsnotwendigkeit gegen diesen oder jenen"bösen Nachbarn".Dieses Geschwafel muß offenbar immer herhalten, wenn die meist selbst verschuldete Lage heikel wird.Und es ist doch auch zweimal und auch generell erwiesen,daß ein Krieg immer die Folge der Rüstung war und ist.Nach jedem der großen Kriege haben unsere Menschen gesagt:"das haben wir nicht gewußt,auch nicht gewollt!" Wer wird was nach einem nächsten Krieg, dem ltzten Inferno auf jeden Fall für Mitteleuropa,zur Entschuldigung noch sagen können?
Wenn auch viele Menschen der älteren Generationen heute oft müde und resignierend der aktuellen Politik gegenüberstehen,so ruhen doch einige Hoffnungen auf unserer Jugend, die nicht mehr alles glaubt, was uns die gestandenen Politiker ihrer meist lebenslangen Unbelehrbarkeit alles erzählen. So fließen doch schon einige gute Zielvorstellungen der Partei der "Grünen" und der verschiedensten Friedensinitiativen in West und Ost in Programme großer Parteien und in die Überlegungen verantwortungsbewußter Menschen in aller Welt ein.
Mag sich Herr Kohl trotz allem noch frohen Gemütes als politischer Enkel Konrad Adenauers bezeichnen?

Paul Hennecke
Elpe

Zum Thema Atomwaffen bittet der Ortsverband der "Grünen" um Veröffentlichung des folgenden Bürgerantrages an den Rat der Stadt Winterberg:

Winterberg soll sich zur atomwaffenfreien Zone erklären.

Der Rat der Stadt Winterberg möge beschließen,

1. Das Gebiet der Stadt Winterberg wird zur atomwaffenfreien Zone erklärt.
2. Chemische oder bakteriologische Vernichtungsmittel dürfen auf Gemeindegebiet nicht gelagert werden.
3. Der Rat der Stadt fordert sämtliche Parlamente der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf,seinem Beispiel zu folgen, um den Wahnsinn der menschheitbedrohenden Überrüstung zu beenden.

Dieser Beschluß sollte dem Stadtrat nicht allzu schwer fallen, weil er durch seinen symbolischen Charakter nur dem Zweck dient, die Friedensliebe, aber auch die Furcht der Einwohner vor den Vernichtungswaffen in Ost und West aufzuzeigen.

Winterberg würde mit diesem Beschluß dem Beispiel anderer Gemeinden (München, Kassel,Nürnberg,Lindau,Marl usw.) folgen.

Aufgespießt.

Demonstration.

Am 21.1.83 erschien in der W.P. nebenstehende Anzeige des Winterberger Arztes Dr. Stauche,der für Naturheilverfahren,Akkupunktur,Frischzellentherapie und Ozonbehandlung wirbt. Form und Inhalt der Anzeige deuten darauf hin,daß nicht die Sorge um menschliche Gesundheit und Leben, also ärztliches Berufsethos, Dr. Stauche bewogen haben,sich so zu äußern.
Er unterstellt den Gegnern der Atomenergie,sie würden unterschiedliche Maßstäbe gegenüber unterschiedlichen Erscheinungsformen der Kernkraftnutzung anlegen,und insbesondere dann,wenn es sich um "sowjet.Atome" handelt,vor deren Gefahren die Augen schließen.
Herr Dr. Stauche kann sicher sein, daß die Atomkraftgegner,die er treffen wollte,gegen jede Nutzung der Kernenergie sind in Bereichen,in deren Anwendung sie mit nicht kalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung verbunden ist,und besonders,wenn der Nutzen im militärischen Bereich liegt. Die besondere Betonung auf "sowjet. Atom" in der Anzeige läßt aber auch die Vermutung zu,daß Herr Dr.Stauche Atomkraftgegner pauschal als "fünfte Kolonne Moskaus Hiestellen will.Er wendet damit einen Trick an,den die Reaktion immer dann bereithält,wenn ihr die Argumente ausgehen.
Herr Dr.Stauche ist von der örtlichen Innitiative gegen die Atomfabrik in Wangershausen zu Veranstaltungen eingeladen worden,auf denen Ärzte zum Für und Wider der Wiederaufbereitung von Nuklearbrennstoffen Stellung beziehen sollten,er hat keine dieser Veranstaltungen besucht und er gehört auch nicht zu den Bürgern,durch deren engagierten Einsatz der Bau der Atomfabrik verhindert worden ist.
Wir können mit Herrn Dr.Stauche nur bedauern,daß menschliche Perversitäten wie atomgetriebene Aufklärungssateliten in Ost und West gestartet werden und auf die Erde niedergehen.Hier in Winterberg waren wir alle aufgerufen,gegen eine unmittelbare Gefährdung für Leib und Leben durch lang andauernde Emission von atomaren Schadstoffen zu kämpfen.Wir haben das getan.

> In den nächsten Tagen fällt kiloweise radioaktives Uran von einem Satelliten auf die Erde und gefährdet vielleicht viele Menschen.
>
> **Wo bleibt die Demo der Atomkraftgegner?**
>
> Oder wird bei sowjetischem Atom nicht demonstriert?
>
> **Dr. Stauche**
> Winterberg

Der Satellit fällt vom Himmel,ob wir gegen ihn demonstrieren oder nicht.
Die W.A.A. wurde verhindert,weil viele mutige Leute dieser Gegend sich mit dem Problem beschäftigt haben und sich für das Gemeinwohl eingesetzt haben und sich - wie man sieht - damit dem Gespött eines Einzelnen ausgesetzt sind.

Was tun,wenn die Sonne in Winterberg einmal nicht scheint?

Unter diesem Titel brachte der Verkehrsverein ein nützliches kleines Faltblatt mit 17 Tips für den Gast heraus.Neben den Hinweisen auf das Hallenbad,die Reithalle wie auch Eissporthalle usw. wird auch auf die drei Winterberger Etablissements aufmerksam gemacht.Hier heißt es im Original:
"Tip 17 für Nachtschwärmer
Auch für die Freunde des Nachtlebens stehen drei Barbetriebe zur Verfügung.
Auskunft: Kurverwaltung,Hauptstr. Telefon ...
Spezielle Prospekte für all diese Angebote hält die Kurverwaltung für Sie bereit.Die Kurkarte sorgt bei vielen Einrichtungen für ermäßigten bzw. freien Eintritt."
Also,sollte die Sonne mal nicht scheinen, nicht traurig sein,sondern in der Kurverwaltung anfragen,wasim"Butterfly", im "Barbarella Club" oder auch in der "Sirena" geboten wird.

Selbstbedienung.

Am 28.Januar erhielt die Redaktion der "Brennessel" folgenden Brief aus Siedlinghausen:
" Sehr geehrter Herr Adamek!

Ich bin ein weibliches Mitglied der CDU und eine Siedlinghauser Wühlmaus. In dieser Tätigkeit hege und pflege ich seit einigen Jahren die gärtnerischen Anlagen in unserem Stadtteil.Für die Anerkennung unserer Freizeitbemühungen zur Entlastung der Stadtkasse wird in der Regel ein Umtrunk gestiftet.Um so erboster bin ich über das Verhalten unserer leitenden Verwaltungsbeamten,die sich in den Zeiten schlechter Haushaltsjahre und in Anbetracht steigender Arbeitsloser Geldzuwendungen in Form von Aufwandsentschädigungen als Gehaltsaufbesserung durch die Mehrheit im Rat bewilligen lassen.
Als Beweis für die Richtigkeit meiner Angaben,sende ich Ihnen eine Ablichtung dieser Verwaltungsvorlage 344/82 welche eine jährliche Gehaltsaufbesserung von DM 900,00 diesem armen Stadtverwaltungsrat ab 1. Januar 1983 einbringt.
Nur Sie mit Ihrer Stadtteilzeitung haben die Möglichkeit solche Vorkommnisse einer breiteren Bürgerschaft vor Augen zu führen.

Mit freundlichem Gruß

eine Siedlinghauser Wühlmaus

PS. Die mir zugänliche Verwaltungsvorlage hatte handschriftliche Vermerke des Stadtverordneten,deshalb wurde die Kopie im Kopf beschnitten.Ich bitte um Verständnis,aber ich kann und darf meinen Namen nicht nennen."

Die lapidare Begründung für die Gewährung einer Aufwandsentschädigung an den allgem. Vertreter des Stadtdirektors lautet:
"Mit Blick auf die Stadt Winterberg erscheint es zum einen unter Berücksichtigung ihrer Größenordnung und zum anderen unter Würdigung des dem allgem.Vertreter entstehenden Aufwandes geboten,dem allgemeinen Vertreter des Stadtdirektors eine monatliche Aufwandsentschädigung von 75,-- DM zu gewähren.Dieser Betrag dürfte im Übrigen auch angesichts der auf vielen Gebieten beträchtl. Aufgabenstellung der Stadt Winterberg der Höhe nach sachlich vertetbar sein."

Dazu der Beschluß des Haupt - und Finanzausschusses am 7.12.1982:

" Der Ausschuß beschließt nach kurzer Aussprache einstimmig, dem allgemeinen Vertreter des Stadtdirektors mit Wirkung vom 01.01.1983 eine monatliche Aufwandsentschädigung von DM 75,-- zu gewähren."

In seinem Prüfbericht für die Haushaltsjahre 1979 und 1980 hat das Gemeindeprüfungsamt für den Hochsauerlandkreis unmißverständlich festgestellt:

" Nach erteilter Auskunft sind bei der Stadt Winterberg generell bisher keine Arbeitsplatzbewertungen auf Grund von Arbeitsplatzbeschreibungen durchgeführt worden.Nur in einem der geprüften Vergütungsfälle wurde eine Arbeitsplatzbeschreibung nach dem Muster VKA vorgefunden. Im übrigen befanden sich in den Personalakten nicht einmal Begründungen für die einzelnen Höhergruppierungen.Die eingruppierungen waren insoweit nicht nachprüfbar."

Der Ärger der Siedlinghauser " Wühlmaus " wird sich wahrscheinlich steigern,wenn sie erfährt, daß im Haushaltsplanentwurf für 1983 eine Anhebung der Stelle des stellvertretenden Stadtdirektors von A15 auf A16,und für die Stelle des Stadtdirektors von A16 in B2 angestrebt wird.Nach Aussagen von Herrn Dohle bedeutet dies eine jährliche Mehrbelastung der Stadt um DM 44.000.-
Das Gehalt des Stadtdirektors wird dann Brutto etwa bei DM 7000.00 liegen, Aufwandsentschädigung,Fahrkostenpauschale und Reisekostenabrechnung nicht gerechnet. Der Bürgermeister befürwortet diese Höhergruppierung wegen des beispiellosen Einsatzes, den Herr Dohle für die Stadt erbringt.Daß ein beträchtlicher Einsatz notwendig wird, um vorher begangene Fehler abzumildern,wie z.B.bei der Entwässerung des Dorinth - Ferienparkes, wird als Verdienst ausgewiesen.
Wenn die Leserbriefschreiberin jetzt auch noch Kenntnis über eine weitere,generöse Geste der Stadt ihrem Stadtdirektor gegenüber erfährt,die der Haupt- und Finanzausschuß am 8.6.82 beschlossen hat, wird sie möglicherweise den für uns alle bedauerlichen Entschluß fassen, sich nicht mehr ehrenamtlich in den städt. Gartenanlagen zu betätigen.
" Gewährung eines zinslosen Gehaltsvorschusses.
Nachdem die Verwaltung den Sachverhalt

vorgetragen hat, beschließt der Ausschuß mit 10 Stimmen bei 1 Enthaltung, zu dem vom Stadtdirektor für den Ankauf eines Fahrzeuges zu finanzierenden Betrag von 19.100,-- einen zinslosen Gehaltsvorschuß von 15.000,-- DM zu gewähren, der innerhalb von 3 Jahren zu tilgen ist.Die Höhe des Gehaltszuschusses ist in Anlehnung an das Steuerrecht um 20% (Anteil der Privatfahrten) gekürzt und auf DM 15.000,-- festgesetzt worden.
Ausschußmitglied Hassenpflug hat vor der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes den Beratungstisch verlassen."

Wie glaubwürdig ist die CDU in Winterberg?

Bei der Wahl am 30. Sept.1979 gewann die CDU in Winterberg die absolute Mehrheit. Im Wahlprogramm verbürgten sich die Mitglieder dieser Partei für den Erhalt der gewachsenen Altstadt und dafür, zuerst den Bau der Nord - Süd - Verbindungsstraße fertigzustellen.Danach soll durch eine Verkehrserhebung überprüft werden, ob die Nord - West - Verbindung noch notwendig sei.Falls der Baus dieser Umgehungsstraße durch das Herrloh noch erforderlich sein sollte,wird eine Verkastelung gefordert.
Das waren die Versprechungen und wie sieht die Wirklichkeit aus?
Schon im August 1981 beschlossen die Mehrheitsparteien gegen die Stimmen des Herrn Rainer Rossel und der CWG-Fraktion,die Umgehungsstraße vom Mühlengrund bis zum Friedhof in offener Bauweise mit einer Verdeckelung durchzuführen.Die Tunnelbauweise,die von den Bürgern und allen Parteien im Februar 1981 (siehe Westfalenpost) gefordert wird,haben diese Stadtvertreter abgelehnt.Das hat zur Folge,daß zunächst drei Häuser und das Rathaus abgerissen werden müssen.Diese Entscheidung führte im August 1982 trotz der finanziell schwierigen Lage zu dem Ratsbeschluß,den Vorentwurf für die geplante Überbauung des Bundesbahngeländes einschließlich des Parkhauses in Auftrag zu geben.Der neue Investitionsplan der Stadt weist bereits im Jahr 1985 die ersten Kosten für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Parkhaus aus.
In Garmisch-Partenkirchen,wo ähnliche Verkehrsverhältnisse und Beeinträchtigungen vorliegen wie in Winterberg, auch in dieser Stadt führen zwei Bundesstraßen B2 und B23 durch den Stadtkern, hat der Rat im Dezember 1982 durchgesetzt,daß die ortsnahen Freizeitgebiete am Wank und am Kramer erhalten bleiben, und beide Umgehungsstraßen in Tunnelbauweise durchgeführt werden.
Entgegen ihrer Absichtserklärungen,eine erneute Verkehrserhebung durchzuführen, haben unsere Ratsmitglieder der Zerschneidung und Zerstörung des Herrloh-Skigebietes zugestimmt,wie es in der Begründung zum "Bebauungsplan 16 Altstadt Winterberg" nachzulesen ist.Aufmerksame Bürger werden zur Kenntnis genommen haben,daß in den neuen Stadtkarten im Rathaus keine Verkastelung mehr im Herrlohgebiet eingezeichnet ist.
Durch die Wahl zur absoluten Mehrheit haben die Winterberger Bürger die Politiker der Mehrheitsparteien dazu verführt,sich über den Willen der Menschen in dieser Stadt hinwegzusetzen.
Werden die Winterberger am 6. März durch ihre Stimme wieder den großen Parteien absolute Macht in die Hände geben, oder haben wir gelernt,daß große Probleme nicht durch Macht, sondern nur durch die Arbeit vieler verantwortungsbewußter,mitdenkender Gruppen zu lösen sind?

Edith Schluer
Ratsmitglied

Ausschreibungs - Dschungel.

Ein sehr beliebter Trick,sich den Zuschlag bei Ausschreibungen zu sichern,scheint darin zu bestehen,daß die Bieterfirma zunächst ein überaus kostengünstiges Angebot unterbreitet,um nach erfolgter Beauftragung so viele nichtvertragliche Sonderleistungen und Mehrarbeiten in Rechnung zu stellen,sodaß die Endabrechnung mit dem Kostenvoranschlag nur noch entfernte Ähnlichkeit hat.Die "Brennessel" wird sich in Zukunft mit mehreren solcher Fälle beschäftigen.Hier zunächst:

Der Fall Waldpark Helletal.

Die Hauptrolle in diesem Fall spielen der Tiefbauunternehmer Busch aus Siedlinghausen,CDU - Ratsmitglied,und der Landschaftsarchitekt Hilgenhaus,unter dessen Regie schon die Kosten für das Kurmittelhaus in astronomische Höhen schnellten.
Herr Busch unterbreitete der Stadt am 22.08.77 das Angebot,den Waldpark "Helletal" für DM 227.195,69 auszubauen und erhielt den Zuschlag.Die Endabrechnung im August 1979 ergab dann eine Forderung

von DM 376.000.- .Die Fa. Busch und Herr Hilgenhaus versuchten dann,die Mehrkosten zu begründen.Hierzu folgendes Zitat:
"Dieser Mehrkostenbegründung ist hinzuzufügen, daß die Mehrarbeit und die daraus resultierenden Mehrkosten im Sommer 1978 entstanden.Die breiteren Wege,die Verbindung zu den Waldwegen 2 BA und die durch die Weichstellen hervorgerufenen Unwegsamkeiten mußten gebaut bzw. beseitigt werden,da hierdurch eine erhöhte Unfallgefahr bestand."
Soweit,so schlecht.War es für den Planer nicht vorhersehbar,daß Verbindungen und Anschlüsse an bestehende Wege geschaffen werden mußten? Waren die "Gefahren" vorher nicht erkennbar und damit in die Breitengestaltung der Wege einzubeziehen?
Wenn unserer Stadtrat schließlich von der Berechtigung der Mehrkosten überzeugt war, dann vermutlich durch folgende, ans Herz rührende Stelle in der Mehrkostenbegründung:
"Besondere Vorsicht war gegeben, als sich am 3. Aug. 1978 ein schwerer Unfall durch den Absturz der Frau Beckmann, Winterberg,in die Helleschlucht ereignete.Von diesem Tag an war man bestrebt, alle nur erdenklichen Unfallgefahren aus dem Weg zu räumen."
Da muß dann der tragische Unfall einer Frau dazu herhalten, Mehrkosten im nachhinein zu rechtfertigen.Ein weiteres Zitat aus der Bauausschßsitzung vom 25.Okt.79 wirft ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise, wie freihändig in unserer Bauverwaltung gearbeitet wird: "Bei der Begehung werden dem Bauausschuß die einzelnen Bereiche, bei denen Mehr- und Zusatzkosten entstanden sind an Ort und Stelle im Detail erläutert.....
Auf die Frage, wer diese Maßnahmen angeordnet hat, erklärt die Fa. Busch, daß teilweise die Anordnung durch Stadtdir. Dohle mündlich erfolgt sei mit der Begründung, daß diese Wege im Hinblick auf die Ortsbesichtigung durch das Ministerium für Arbeit,Gesundheit und Soziales erforderlich sind.Es galt damals, den Kurpark in geordnetem Zustand zu präsentieren."
Der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes des Hochsauerlandkreises aus dem Jahr 1980 für die Jahre 77/78 stellt der Stadt in zahlreichen Fällen als Auftragsvergeber ein Armutszeugnis aus.
Zum Fall "Helletal" bemerken die Prüfer:
"Der aus den Akten gewonnene Eindruck zeigt,daß der Gartenarchitekt und die Stadt infolge abweichender Ausführung von den Plänen und kostensteigernder Mehrleistungen die Finanzübersicht verloren hatten.Vom bauleitenden Planer wurde unterlassen, die während der gesamten Bauausführung erkennbaren Kosten - steigerungen der Stadt anzuzeigen.Die Stadt hat es versäumt,entsprechend Ziffer 2.2 der ABewGr - Gemeinden - zu verfahren und eine Erhöhung der Zuwendung zu beantragen.Der finanz. Schaden für die Stadt dürfte bei einem Fördersatz von 80 v.H. rd. DM 215.000,00 betragen."
Welche Konsequenzen hat der Rat aus diesem Fall gezogen?

Keine, und er kann auch keine ziehen, denn die beteiligte Firma gehört einem Ratsmitglied der CDU,die Verwaltung wird von einem CDU - Mitgliedgeführt, die Opposition schläft mit wenigen Ausnahmen.Gemachte Fehler müssen vertuscht werden, weil sonst eine Vielzahl von Fällen dringend untersucht werden müßten und dann einige Ehrenmänner der Winterberger Union, der Forderung von Helmut Kohl nach einer geistig - moralischen Wende folgend, mit Schwung aus ihren kommunalpolitischen Sätteln flögen.

Mainz bleibt Mainz!

Ein bloßes Zurschaustellen
von bestimmten
selbstgefälligen Figuren
die wir nach Meinung des ZDF
auch noch wählen sollen
ist doch wohl zu närrisch
ansonsten ein moderner
Reichsparteitag
Ein Lichtblick
in der aufgetakelten Runde:
Der pfiffige Till
ob der aber
nochmal
wiederkommen darf?

Paul Hennecke

Jacques Prévert

ES IST AUS

Seid gewarnt ihr Greise
seid gewarnt Familienväter
die Zeit da ihr die Söhne gabt dem Vaterland
wie man den Tauben Brotkrumen gibt
die Zeit kehrt nicht wieder
macht euch damit bekannt
es ist aus
vorbei die Kirschenzeit
Seufzen hat keinen Sinn
legt euch lieber lang hin
ihr fallt ja um vor Müdigkeit
euer Leichentuch ist frisch geplättet
haltet eure Kinnbinden bereit
schließt eure Lider
der Althändler wird euch zum Schuttplatz führen
aus ist's mit den drei Musketieren
die Zeit der Kloakenreiniger steht vor den Türen

Als ihr uns mit nettem Lächeln
höflich fragtet in der U-Bahn
Doppelpunkt Anführungsstriche
steigen Sie an der Nächsten aus
junger Mann
da spieltet auf den Krieg ihr an
aber ihr spielt uns den väterlichen Streich nicht mehr
nein Herr Hauptmann
nein Her Soundso
nein Papa
nein Mama
wir steigen nicht an der Nächsten aus
wir setzen euch vorher ab
wir pfeffern euch zum Fenster hinaus
es ist praktischer als ein Grab
es ist ein lustiges Spiel
es geht schneller
und kostet nicht soviel

Immer wenn ihr den Kürzeren zogt
fiel man über den Schiffsjungen her
doch die Zeit der fröhlichen Schiffsbrüche ist vorübergewogt
und jetzt fallen die Admirale ins Meer
glaubt nicht daß wirhilfreich zum Rettungsring greifen
es sei denn er sei
aus Stein oder aus Blei
ergreift ihn ergreift eure Partei
die Zeit der Greise ist vorbei

Wenn ihr heimkamt von der Tuppenschau
eure Kinder auf den Schultern
wart ihr ohne zu trinken blau
und euer Rückenmark
reckte sich verzückt und stark
vor der Kaserne und vor dem Schilderhaus
in Helmschweifen schweiftet ihr aus
wenn die Kürassiere vorüberritten
und die Militärmusik
kitzelte euch vom Kopf bis in die Sohlen
kitzelte euch wie anbefohlen
und die Kinder auf euren Schultern
ließt ihr sinken in den dreigestreiften Kot
in den Leichenmist
eure Schultern sind eben sehr devot

Jugend vergeht
ihr habt gesorgt daß sie vergangen ist
ihr ehrenwerten Männer die ihr weit und breit
in eurer Wohngegend geachtet seid
wenn ihr euch begegnet
und es Komplimente regnet
ach lieber Herr Wohlbekannt
ich hatte drei Söhne und hab sie hingegeben
dem Vaterland
ach lieber Herr von meinen zweien
konnt ich nur zwei dem Vaterlande weihen
man tut eben was man kann
an uns fehlt es nicht...
leiden Sie noch immer an Gicht
und an feuchten Augen
am falschen Trauerrotz
das schwarze Band am Arm
die Füße gut warm
der Totenkranz
und Rotwein und Loorbeer an den Ochsenschwanz
erinnern Sie sich noch an die Vorkriegszeit
Pferdebahnen Absinth zu Genüge
geschnürte Weiblichkeit
Fackelzüge
o war das schön
es war eine herrliche Zeit

Haltet die Schnauze Greise
hört auf eure toten Zungen zu rühren
mit euren Zähnen aus falschem Elfenbein
die Zeit der Pferdebahnen
die Zeit der Fackelzüge und der Ulanen
sie kehrt nicht wieder
in Viererreihen rechts schwenkt marsch
packt eure alten Knochen ein
der Henkerkarren
der Leichenwagen ist vorgefahren
steigt auf zum Himmelstor
die Vorstellung ist vorbei
droben findet ihr alles wieder
vor beim lieben Schupogott
im großen Hof der Polizei

Zurück Herr Großpapa
zurück Papa zurück Mama
zurück die Feldprediger von gestern
zurück die frommen Schwestern
zurück ihr alten Militärs
die Vorstellung ist vorbei
zurück Herr Urgroßvater
und es beginnt jetzt ein zwei drei
das große Kindertheater

FRIEDEN und ABRÜSTUNG.

Die U.S.A. beabsichtigen, in den kommenden fünf Jahren 1500 Milliarden Dollar für die Rüstung auszugeben.Der Mann,der meint das verantworten zu können, kann zum Hitler unserer Zeit werden.Aber der Wind bläst ihm bereits ins Gesicht.Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung großer Bevölkerungsteile hat sich den vielen amerikanischen Protestgruppen eine große Mehrheit der katholischen Bischöfe zugesellt,die ihre Meinung zur atomaren Rüstung in einem Hirtenbrief-entwurf dargelegt hat.Damit scheint zumindest bei diesen Bischöfen der engagierte Einsatz von Papst Johannes Paul gegen den Rüstungswahnsinn und seine Vedammung des wissenschaftlichen Einsatzes für die atomare Rüstung auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein.
Hier Ausschnitte aus diesem Entwurf eines Hirtenbriefes,den den U.S. Regierung mit allen Mitteln verhindern möchte:

"Wir befinden uns in einer äußersten Krise,denn der Atomkrieg bedroht die Existenz unseres Planeten.Diese Bedrohung ist verheerender als alles, was die Welt je erlebt hat.Es ist weder erträglich noch notwendig,daß wir verdammt sein sollen,unter solchen Bedingungen zu leben.....

Abschreckung als Prinzip und in der Praxis.

Angesichts dieser Gefahren widersetzen wir uns einigen Zielen unserer gegenwärtigen Abschreckungspolitik:
1. Wir sind gegen neue Waffen,die wahrscheinlich zum Angriff einladen und darum dem Gedanken Vorschub leisten,die Verein. Staaten strebten eine Erstschlagkapazität an ("Hard-target kill" = Waffen zur Zerstörung geschützter gegnerischer Anlagen); die MX-Rakete würde unter diese Kategorie fallen.
2. Wir sind gegen die Bereitschaft,eine strategische Planung zu unterstützen,die einen Atomkrieg führbar zu machen sucht.
3. Wir sind gegen Vorschläge,die im Endeffekt die Atomschwelle senken und den Unterschied zwischen den nuklearen und konventionellen Waffen verwischen könnten...

Wir empfehlen dagegen die Unterstützung für:
1.unverzügliche,beidseitige,überprüfbare Vereinbarungen,um die Erprobung,Produktion und Stationierung neuer strategischer Waffensysteme zu stoppen;
2.eine ausgehandelte,einschneidende Verringerung der Arsenale beider Supermächte, besonder bei jenen Waffensystemen,die de stabilisierende Eigenschaften haben;
3.ein umfassendes Teststoppabkommen;
4.den Abzug aller Nuklearwaffen aus Grenzgebieten durch alle Parteien und eine Straffung der Befehlsstruktur und der Kontrolle bei taktischen Atomwaffen,um deren versehentlichen und unerlaubten Gebrauch zu verhindern.

Mit diesen Bewertungen wollen wir beispielhaft darstellen,daß wir die Abschreckungsstrategie nur insoweit nicht unwiderruflich ablehnen,als wir ihre abschreckende Rolle akzeptieren,nicht aber deren Ausweitung bis hinter jene Schranke,die den Gebrauch von Nuklearweffen verhindert.

Förderung des Friedens: Propositionen und Politik.

Die Gefahren des modernen Krieges sind besonderer Art und offensichtlich; also muß auch unsere Lehre über die Notwendigkeit des Friedens besonderer Art sein.Angesichts der andauernden Eskalation des Rüstungswettlaufs muß die Kontrolle und schließlich die Beseitigung der nuklearen und der anderen Waffen in verschiedenen Richtungen vorangehen.

Die geistliche Herausforderung und Antwort.

Aufruf und Erwartung: Wir sprechen hier in besonderer Weise zur Gemeinschaft der Katholiken.Wir müssen ein Meinungsklima schaffen, das unserem Land ermöglicht,tiefen Schmerz über den Abwurf der Atombomben im Jahre 1945 auszudrücken.Ohne diese Reue ist es unmöglich, einen Weg zu finden,die zukünftige Anwendung von Nuklearwaffen oder konventionellen Waffen in solchen militärischen Aktionen abzulehnen, welche nicht mehr den Kriterien des gerechten Krieges entsprechen würden.

An die Katholiken als Staatsbürger:

....In einer Demokratie entsprechen einander die Verantwortlichkeit der Nation undjene Ihrer Bürger.Nun werfen die Nuklearwaffen besonders dringliche Gewissensfragen für die amerikanischen Katholiken auf.Als Staatsbürger wollen wir unsere Loyalität zu unserem Land und seinen Idealen beteuern,doch wir müssen auch die universalen Grundsätze vertreten, welche die Kirche verkündet.
Auch wenn andere Länder Nuklearwaffen besitzen, dürfen wir doch nicht vergessen,daß die Verein. Staaten das erste Land waren,das sie baute und zum Einsatz brachte.Wie die Sowjetunion besittzt dieses Land nun so viele Waffen,daß es den Fortbestand der Zivilisation gefährdet.Die Amerikaner haben ihren Anteil an der Verantwortung für die gegenwärtigen Verhältnisse und können sich nicht der Verantwortung entziehen eine Lösung zu versuchen....

Am 6.März 1983 - "NEIN" zur rechtsliberalen Regierung.

Die im Herbst '82 durch die Hintertür an die Macht gelangte Regierung Kohl/Genscher sollte nach den Neuwahlen zu einer kurzen Episode werden.Wenige Monate haben genügt, um dem denkenden Bürger klarzumachen,was die Union unter der Wende versteht.Kohl und seine Gefolgsleute haben Genscher's FDP nur als Trittbrett benutzt, um in die Regierung zu gelangen,Strauß wird Kohl dazu benutzen, nach seiner Wahlschlappe doch noch in Deutschland zu regieren. Große Bereiche der Innen- und Rechts - politik sind in dem zusammengeschusterten Koalitionspapier ausgeklammert worden. Dadurch ist die CDU/CSU vor der Wahl zu keiner Festlegung gezwungen und wird, ihren Wahlsieg vorausgesetzt,erst dann politisch in die Vollen gehen.Es ist die Aufgabe jedes Wählers,die klaren Anzeichen für eine Rückwendung zu autoritären Strukturen, zu weniger Bürgerfreiheit,zur Militarisierung, zum Chauvinismus und zum spießbürgerlichen Mittelmaß zu erkennen, um der jetzigen Regierung eine deutliche Wahlniederlage zu bereiten. Daß diese Anzeichen nich schemenhaft erkennbar sind, sonder durch Tatsachen und Namen belegt werden können,soll im folgenden dargelegt werden.

In den Vordergrund des Wahlkampfes rückt die Regierung die"Erblast" im Wirtschafts- und Finanzbereich.Sie verschweigt konsequent, daß die wesentlichen Ursachen für die schlechte Wirtschafts - und Finanzlage eine weltweite Wirtschaftsflaute ist, die wir unter Helmut Schmidt noch weniger zu spüren bekommen haben, als z.B. die USA, England oder Italien unter erzkonservativen Regierungen mit viel größeren Haushaltsdefiziten und zum Teil erheblich größerer Arbeitslosigkeit.Die jetzige Rechtsregierung, in der ein wenig intelligenter Helmut Kohl von konservativen gesteuert den Kanzler spielt, will eine totale Kehrtwendung in der Sozial - und Wirtschaftspolitik.Sie tut so, als sei der Ausbau des sozialen Netzes die Ursache für die verschlechterte Wirtschafts und Finanzlage, dabei weiß jeder Arbeitnehmer, daß die Auswüchse des Systems ein engmaschiges soziales Netz erst erforderlich machen.Daß Korrekturen am Sozialsystem notwendig sind,um den Mißbrauch zu Lasten der Allgemeinheit zu unterbinden,versteht sich von selbst. Dennoch, wer als Familienvater DM 1800.- bis DM 2000.- nach Hause bringt,kann wegen der Miete, der Heizkosten,der Fahrkosten zum Arbeitsplatz,der allgem. Haushaltskosten keine großen Sprünge machen und ist auf Kindergeld, Bafög, Mietzuschuß angewiesen, er kann auf Lohmfortzahlung im Krankheitsfall nicht verzichten und bei Verlust des Arbeitsplatzes steigt er trotz Arbeitslosengeldes und möglicher Sozialhilfe ab. Diese Regierung stützt die Arbeitgeber und verspricht sich davon eine Zunahme von Arbeitsplätzen, aber hat Wolfgang Roth von der SPD nicht Recht, wenn er fragt, warum die Unternehmer heute in neue Maschinen Geld investieren sollen,wenn ihre bereits arbeitenden nur zu 50% ausgelastet sind?Die Union und der Wirtschaftsgraf wollen nicht wahrhaben, daß in vielen Produktionsbereichen eine Sättigung eingetreten ist, die ein Wachstum nicht mehr wünschenswert erscheinen läßt oder einfach nicht mehr zuläßt.Es müssen neue, menschendienliche Produktionsbereiche im Umweltschutz, im Nahverkehr, in einer dezentralen Energieversorgung erschlossen werden, wie die "Grünen" es mit ihrer Forderung nach qualitativem Wachstum ausdrücken.
AEG, SAARSTAHL, ENKA und viele andere Unternehmen sind Beispiele für das Versagen des Managements und des Systems. Hat also der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klose so unrecht, wenn er den Staat als den "Reparaturbetrieb" der maroden Wirtschaft bezeichnet.Die Regierung Kohl wird weiter zusehen, wie große deutsche Firmen ihr Geld und Arbeitsplätze in Billiglohnländern investieren und die heimischen Arbeitsplätze vernichten.Der Arbeitslose wird von der Allgemeinheit ernährt, die Manager, Besitzer und Aufsichtsräte bankrotter Firmen werden nicht zur Verantwortung gezogen, sonder leben von ihren Auslandskonten.

"Der Mensch lebt nicht vom Brot allein." Und schon garnicht für das Brot allein. Die geistig - moralische Wende der Union ist eine Forderung, deren Inhalt nicht erklärt wird.Somit bleibt es dem Wähler überlassen,die bisher getroffenen Maßnahmen der neuen Regierung daraufhinzu untersuchen, wohin die "Wende" führen soll.

Die Justiz gibt besonderen Anlaß zur Sorge. Frankfurter Polizei durchsucht die Büroräume der "Grünen" nach Aufklebern,auf denen das Staatswappen der Hessen angeblich verunglimpf wird.Nach einem wenig schmeichelhaften Bericht über Kohl werden die Redaktionsräume der Zeitung "Konkret" durchsucht

durchsucht wegen angeblichen Geheimnisverrats in der CSU - Affaire Langemann
In Nürnberg werden 142 Jugendliche auf Grund hektografierter Haftbefehle eines Untersuchungsrichters festgenommen. In dem folgenden Verfahren wegen Landfriedensbruch enthält die Staatsanwaltschaft dem Gericht entlastendes Ermittlungsmaterial vor. Zunächst stellte sich die bayerische Justiz hinter all dies, jetzt, wo Gras über die Sache gewachsen zu sein scheint, stellt das Gericht die Verfahren klammheimlich ein.
In einer Fernseh - Talkshow wird ein rassistischer Gesprächspartner für seine unerträglichen Äußerungen von einer empörten Zuschauerin georfeigt. Sie erhält vom Gericht zunächst eine Geldstrafe von DM 6000.-, die später auf die Hälfte reduziert wird. Im Vergleich dazu: Ein Vollzugsbeamter ruft - zum "Spaß" versteht sich - im Dienst: "Deutsche zum Duschen - Ausländer ins Gas!" und wird mit einer Geldstrafe von DM 2100.- ; er geht in die Revision.
Die drei Richter der Zulassungskammer des Bundesverfassungsgerichtes lehnen die Annahme einer Beschwerde eines Befehlsverweigerers ab, der entgegen geltendem Recht für ein und die selbe Sache mehrfach bestraft wurde.
Von einem energischen Zugriff der Justiz hingegen bei den Spendenakrobaten der Parteien wegen Bestechung durch die Großindustrie ist nicht die Rede, obwohl das durchaus auch bei uns anwendbare Wort des großartigen, sozialistischen Staatspräsidenten Pertini das Rechtsempfinden von jedem von uns Ausdruck verleiht: "Ich muß leider zugeben, daß die Hälfte unserer Politiker nicht ins Parlament, sondern ins Gefängnis gehört."
Dort sitzen ebensowenig die Herren Poullain, Gerling oder Vietor, die für ihre Wirtschaftsvergehen nicht etwa bestraft worden sind, sonder ebenso unbehelligt fortfahren, wie ehemalige schuldiggewordene Nazirichter anstandslos ihre Pension verzehren. Noch ist das Vertrauen in die Justiz allgemein nicht erschüttert, aber in den wenigen aufgeführten Fällen aus den letzten Wochen sind alarmierende Zeichen zu sehen.
Im Innenministerium sitzen die beiden Rechtsaußen der CSU, der Minister Zimmermann und sein Staatssekretär Spranger. Herr Zimmermann hält sich vor den Wahlen bedeckt und tritt werbewirksam als Umweltschützer mit Gesetzen auf, die die Sozialliberalen vorbereitet haben. Immerhin hat er die Absicht, den Datenschutzbeauftragten Bull nicht weiter zu beschäftigen, weil die "Sicherheit Vorrang vor dem persönlichen Datenschutz hat." In Augsburg wurden Verkehrsüberwachungskameras der Stadtwerke zur Bespitzelung von Demonstranten eingesetzt, was fatal an Orwell's "1984" erinnert. Den Gesetzentwurf des Ministers den Zuzug von Ausländerkindern nur bis zum 6. Lebensjahr zuzulassen, haben zahlreiche kirchliche und andere Verbände treffend als inhuman und unchristlich zurückgewiesen.
Unionseigene Innenminister der Länder wollen das Demonstrationsrecht geändert sehen. Roman Herzog in Baden-Würtemberg will sich den Polizeieinsatz von Demonstranten bezahlen lassen, in der Hoffnung den Leuten verginge die Lust zum Demonstrieren, auch im Hinblick auf den zu erwartenden Widerstand gegen die Installation neuer Raketen. Daß Woche für Woche der Steuerzahler hunderte von Polizisten bezahlen muß, die unzivilisierte, alkoholisierte "Fans" in den Bundesligastadien zur Raison bringen müssen, stört die Politiker offenbar wenig.

Die Wende soll auch an den Schulen nicht vorbeigehen, aber nicht etwa in dem Sinne, mehr Lehrer einzustellen, um kleinere Klassen zu unterrichten. Über pädagogische Kabinettstückchen eines "Kultusministers" Meyer - Vorfelder, Baden-Württ., wie sein Engagement für das deutsche Volkslied kann man noch lachen, hätte er nicht die Verwendung einer Fibel über die Entwicklungsländer verboten, die zu Recht darauf hinweist, daß wir zu Lasten der dritten Welt reich sind. Daß Hamburger CDU -MdB in den Schulen Schallplatten mit den 3 Strophen des Deutschlandliedes verschenken, entspricht durchaus einer nationalistischen Grundeistellung, die wir überdies mit einigen unserer Brüder und Schwestern in der DDR teilen. Auch lassen wir und in West und Ost den Militarismus nicht nehmen. Die Friedensbewegung wird hier wie dort von der Regierungsseite verunglimpft. Daß die DDR und in der Wehrerziehung an den Schulen weit "voraus" ist, wird eine CDU/CSU Regierung nicht lange ruhen lassen.
Die neuen Bafög-Regelungen werden letztlich dafür sorgen, daß "unten" wieder unten und "oben" wieder oben ist. Bei der Umstellung der Studienförderung auf

Darlehen, sollten die Herren Kohl und Blüm z.B. nicht vergessen ihre eigene Ausbildung zu bezahlen und auch die bereits etablierten Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte usw., die mehrheitlich zu den Förderern der CDU gehören, ebenfalls zur Kasse bitten.

Der Verteidigung unseres Landes soll wieder der rechte Stellenwert zukommen. Und das nicht nur mit den Unsummen des Rüstungsetats, sondern Bundeskanzler Kohl will ihn wieder einen Ehrendienst genannt wissen.Den Ersatzdienst hat seine Regierung schon verfassungswidrig verlängert und zu einem Instrument der Bedarfsdeckung gemacht.Dem Kanzler glaubt man den Militaristen nicht so recht, wenn er mit Panzerfahrermütze fürs Fernsehen fast vom Leoparden fällt, aber mit dem Verteidigungsminister Wörner ist da nicht zu spaßen.Er sieht sich nicht in der Lage zu klären, ob Flieger der Staffel "Immelmann"zum Zweck der Ehrehbezeugung über das Grab eines Rechtsextremisten geflogen sind.In seiner Armee wird die Weigerung, Panzerlieder der "Reichswehr" zu singen, exemplarisch bestraft, und bei Wiederholung der Weigerung wird der Soldat kriminalisiert.
Die Abrüstungsvorschläge Andropows sind von Bonn fast teilnahmslos entgegengenommen worden.Statt mit eigenen Initiativen auf beide Supermächte einzuwirken, wie es Schmidt getan hätte, beschränkt sich die jetzige Regierung auf Ergebenheitsadressen an Reagan."Wir verhandeln ja nicht in Genf." ist der Tenor.Aber, da die Raketen auf bundesdeutschem Boden aufgestellt werden sollen, sind unsere Politiker verpflichtet auch unsere Interessen wirklich wahrzunehmen.Dreggers Antwort auf die Prager Vorschläge zur Abrüstung, diese seien eine Zumutung, kann nur Kopfschütteln erzeugen und Zweifel an der Abrüstungsbereitschaft der jetzigen Regierung nähren.

Die Wende hat natürlich auch das Fernsehen ergriffen und zwar einige dieser mittelmäßigen Intendanten mit Parteibuch, die die Ausgewogenheit der Programme zu Gunsten der Union, neuerdings sogar mit Unterstützung des Bundespräsidenten, soweit treiben werden, daß "Dallas" und "Micky Mouse" zum Maßstab der Programmqualität werden.Wenn der in Zukunft am Kabelfernsehen gut mitverdienende Postminister Schwarz-Schilling sich erst mit Leuten wie dem NDR intendanten Räuker zusammentuen, wird der "Scheibenwischer" nur noch ein Autozubehör sein.

Die Äußerungen des Innenministers Zimmermann, in denen er die Ergebnisse der Polenverträge in Frage stellt,haben mich bewogen, meine persönliche Wahlentscheidung öffentlich zu erklären und diesen für viele meiner Winterberger Mitbürger sehr schmerzlichen Artikel zu verfassen.

Am 6.März den treuherzigen Generalisten zu wählen, hieße, den rechten Draht - ziehern in die Hände zu spielen.
Ich werde lieber zu den "unanständigen" Deutschen, nach Geißler, gehören und wähle eine hoffentlich gewandelte SPD mit einem intelligenten Kanzler Vogel. Ich habe dabei die Hoffnung, daß eine starke "grüne" Fraktion dazu beitragen wird, die Auswüchse des Systems zu beschneiden.Durch Verrat haben wir einen respektablen Kanzler verloren, mit unserer Stimme sollten wir verhindern, daß spießiges Mittelmaß unsere Politik bestimmt

Klaus Adamek

Liebe Leser!

Jede Ausgabe der "Brennessel" kostet zwischen DM 400.- und DM 500.-
Ohne Ihre Spende bleibt die Redaktion nicht nur auf der Arbeit des Schreibens und Verteilens sitzen, sondern auch auf den Unkosten.
Spenden werden z.Hd. des Herausgebers erbeten.

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V

Verehrte Mitbürgerin, verehrter Mitbürger!

Falls Sie auch zu den Auserwählten gehören, denen man vor wenigen Tagen "Die Brennessel" (Kritische Stadtzeitung im roten Einband) in den Briefkasten gesteckt hat, möchten wir Ihnen dazu einige Berichtigungen geben.

Auf Seite 5 wird geschrieben, daß die Stelle des stellvertr. Stadtdirektors von A 15 nach A 16 angehoben werden soll. Das stimmt nicht; er ist z. Zt. in A 14, eine Höhergruppierung ist nicht vorgesehen.

Stadtdirektor Dohle hat mehr als 2 Jahre lang seinen Anspruch auf Beförderung nach B 2 zurückgestellt. CDU- und SPD-Fraktion haben einstimmig beschlossen, den Anspruch ab 1983 zu verwirklichen. Die Mehrausgaben für diese Anhebung betragen jährlich 3.600,-- DM; die angebliche Aussage von Herrn Dohle über eine Mehrbelastung von 44.000,-- DM ist von diesem nie gemacht worden.

Stadtdirektor Dohle verzichtet seit 1975 auf einen Dienstwagen und setzt für Dienstfahrten der Stadt seinen Privatwagen ein. Dieser Wagen war jetzt verbraucht und fiel aus. Anstelle eines neuen Dienstwagens hat der Rat die Ersatzbeschaffung des Privatwagens, der ebenfalls überwiegend für die Stadt fährt, durch die Gewährung eines zinslosen Darlehens unterstützt, weil dieses für die Stadt wesentlich günstiger ist.

Den Beitrag von Frau Schluer auf Seite 6 nehmen Sie bitte auch nicht ernst. Das Herrlohgebiet wird nach einer evtl. Straßenverlegung so verkastelt, wie das von Anfang an vorgesehen war.

Lassen Sie sich bitte vor der Wahl nicht mehr durch ketzerische Propaganda irre machen.

Einen guten und zufriedenen Wahlsonntag wünscht Ihnen

Ihre CDU-Fraktion
im Rat der Stadt
Winterberg

Winterberg, den 4. März 1983

Die Bürgerinitiativen rund um Wangershausen informieren

Herausgeber gem. Hess. Pressegesetz § 6
Bürgerinitiativen rund um Wangershausen
Infobüro: 3558 Frankenberg, Am Hain 17
Geöffnet: Mo-Fr 16–18 Uhr Do u. Sa 11–13 Uhr
Telefon (06451) 21515
Konto-Nr. 1255 Kreissparkasse Frankenberg

11

Tatsachen und Prüfsteine zur Bundestagswahl '83

Aus Anlaß der Planungen für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Frankenberg-Wangershausen hatten sich viele Menschen in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um diese Plutonium-Fabrik zu verhindern, indem sie aktiven Umweltschutz verwirklichten. Dieser Erfolg kann aber nur ein – wenn auch erheblicher – Teil des aktiven Umweltschutzes sein. Die außerordentlich intensive Beschäftigung mit den politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des Umweltschutzes hat uns deutlich gezeigt:

1. Die entscheidenden Maßstäbe und Richtlinien wernicht auf Landes- sondern auf Bundesebene gesetzt.

   So müssen sich Planungen und Errichtungen aller atomaren Anlagen nach dem Bundes-Atom-Gesetz richten, ebenso wird die zulässige Luftverschmutzung von der „Technischen Anleitung Luft (TA-Luft)" festgelegt.

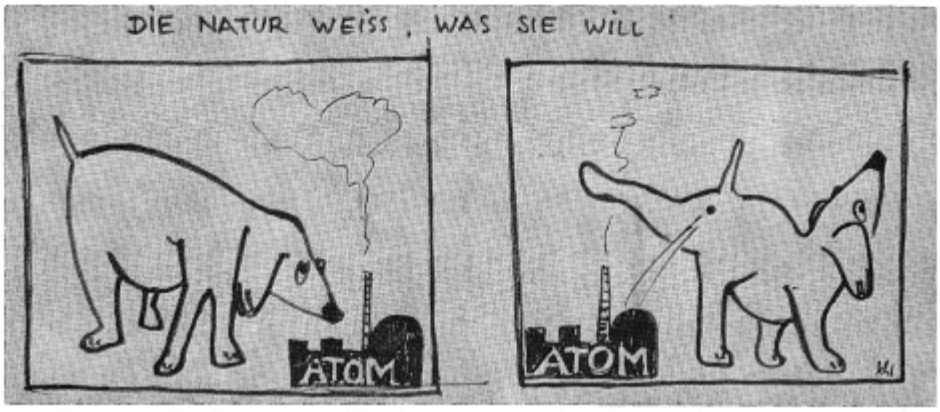
2. Durch einen aktiven Umweltschutz mit vielfach neuen Produkten und Technologien kann man so viele neue Arbeitsplätze schaffen, wie durch die „Roboter-Revolution" vernichtet werden.

   Eine dezentrale Energie-Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und Wirbelschicht-Feuerung schafft mehr Arbeitsplätze und spart Energie. Die Atomtechnologie ist inzwischen veraltet, auch wenn die Befürworter das nicht gerne wahrhaben wollen. Wegen ihrer horrenden Kosten kann man sie auch nicht mehr exportieren. Es ist daher unumgänglich, daß künftig modernere und intelligentere Technologien entwickelt und genutzt werden, die umweltfreundlich, preiswert und exportierbar sind. Nur so wird es möglich sein, wieder von Wachstum reden zu können.

3. Die Bevölkerung einzelner Bundesländer, die sich zum Schutz von Heimat und Umwelt engagiert, wird je nach den politischen Aussichten gegeneinander ausgespielt.

   So wurde in Hessen ein „WAA"-Standort angeboten und ausgesucht, nachdem die Planungen für Gorleben durch den Widerstand der Bevölkerung gestoppt wurden. Dies war damals kurz vor der niedersächsischen Landtagswahl, 1979. Nachdem es auch mit Wangershausen nichts wurde, muß jetzt Gorlebens Nachbarort Dragahn für diese Plutonium-Fabrik herhalten. Und im oberpfälzer Schwandorf ist wegen der satten politischen Mehrheit der bayerischen Regierungspartei so bald kein wirksamer politischer Widerstand zu befürchten.

4. Der Umweltschutz wird von allen bisherigen Bonner Parteien offensichtlich mehr wie eine lästige



Begleiterscheinung statt als ein zentrales Prinzip politischen Handelns begriffen.

Die Möglichkeit für den Menschen, gesund zu überleben, sollte oberstes Ziel jedes politischen Handelns sein. Solche politischen Entscheidungen, die rücksichtslos die menschlichen Überlebenschancen gefährden, sind gewissenlos und können nur verurteilt werden.

5. Die bisherige Bonner Umweltschutz-Politik wird offenbar eher vom ausschließlichen Gewinn-Interesse großer Industrie-Konzerne bestimmt, als von den Bedürfnissen der Pflanzen-, Tier- und Menschenwelt. Es werden weiterhin Atom-Kraftwerke gebaut — angeblich, um unsere Wälder vor dem 'sauren Regen' zu schützen, aber in Wahrheit deswegen, weil sich einige Wenige hohe Gewinne erhoffen. Tatsächlich wird aber die Gefahr für die Menschen ins Unermeßliche gesteigert, denn die Bedrohung aller nachfolgenden Generationen ist damit programmiert.

6. Das Wälder-Sterben durch den 'sauren Regen' muß jetzt bei vielen Politikern herhalten für den weiteren Bau von Atom-Kraftwerken, statt daß den bestehenden Kohlekraftwerken die viel billigere Rauchgasentschwefelung zur Pflicht gemacht wird.

   Das Gerede von dem sauberen und billigen Atom-Strom ist schnell als Märchen enttarnt, wenn man weiß, daß mit dem Geld für ein Atomkraftwerk alle Kohlekraftwerke der Bundesrepublik mit Wirbelschichtfeuerung ausgerüstet werden können. Dadurch kann der Schwefel-Ausstoß auf Null gesenkt werden.

7. Die bundespolitischen Verpflichtungen für unsere Region werden sträflich vernachlässigt, wie am Beispiel Bundesbahn deutlich wird. Mit der geplanten Strecken-Stillegung zwischen Frankenberg und Arolsen soll der größte Teil des Kreises wie ein veralteter Waggon endgültig abgekoppelt werden. Stattdessen müßte durch ein dichtes und umweltfreundliches Bahn-Angebot der flächenfressende und luftverpestende Straßenverkehr verringert werden.

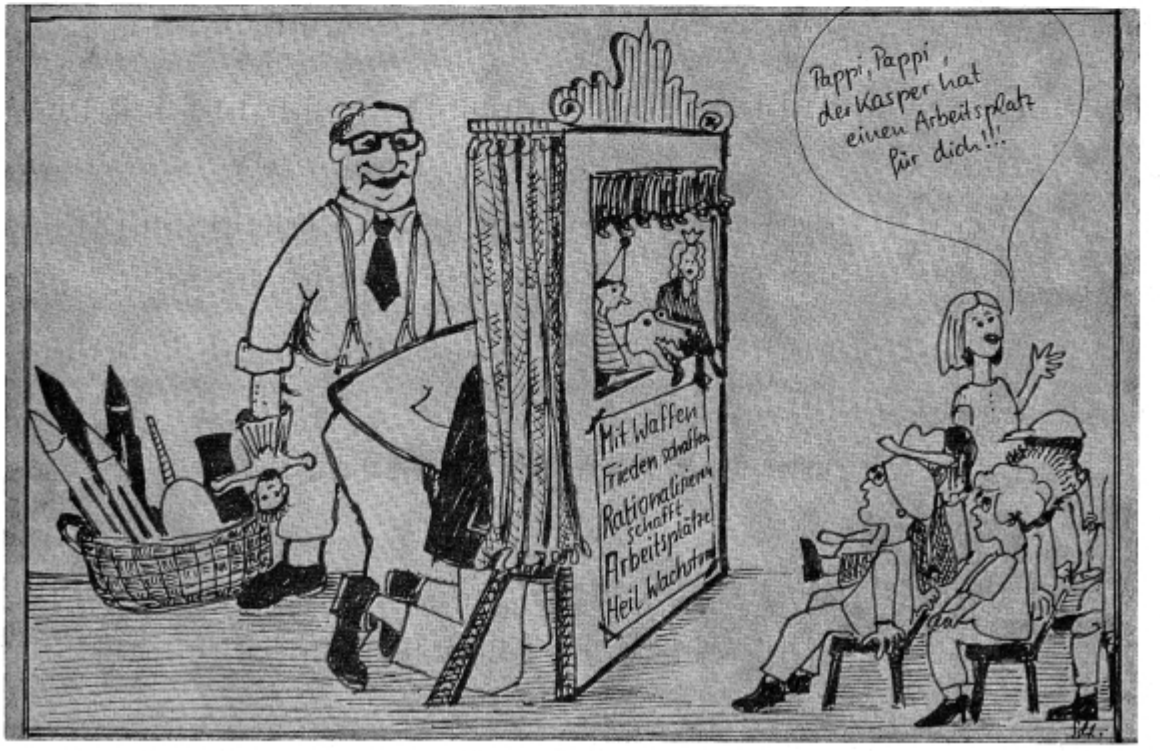
   Durch den Ausbau des Straßenverkehrs aber werden die Abhängigkeiten vom Öl nur vergrößert. In Entwicklungsländern schafft man Infra-Struktur durch den Aufbau einens Schienen-Netzes. Soll es uns schlechter gehen als einem Entwicklungsland? Ziel einer vorausschauenden Bundespolitik kann es nur sein, durch die Verhinderung einseitiger Abhängigkeiten und weiterer Standortnachteile wirtschaftlichen Schaden vom Volke abzuwenden !

Angesichts der kommenden Bundestagswahl halten es die Umweltschutz-BI's für notwendig, daß sich jeder Wähler darüber Gedanken macht, welche der zum Bundestag kandidierenden Parteien sich durch Programm, Kadidaten und bisherige Politik am glaubwürdigsten und auch konsequent für das friedliche Zusammenleben mit der Natur und den anderen Staaten einsetzt.

Wache und umweltbewußte Wähler verlangen deswegen von ihren Volksvertretern konsequentes Handeln, den Abbau umweltfeindlicher Technologien und das Wachstum umweltfreundlicher Produktions- und Arbeitstechniken, für die auf dem Weltmarkt ein riesiger Bedarf besteht.

Jeder einzelne Wähler kann hierbei helfen, am 6. März — und nicht nur dann — die nötigen Weichen zu stellen, indem er oder sie vor der Stimm-Abgabe Kandidaten und Parteien gründlich prüft.

Wir bezahlen unsere Arbeit aus Spenden. Weder Steuerzahler noch Stromkunden müssen zwangsweise zahlen. Wir müssen aber auch weiterhin informieren und bitten daher um Ihre Spende: Kto.-Nr. 12 55 bei der Kreissparkasse Frankenberg.



die Politik der »Profis« steuert, müssen die Bürger ihre eigenen Gedanken fassen. Sie müssen den Mut haben, sich von jahrzehntealten Schlagworten freizumachen und für ihre Überzeugungen einzutreten. Daraus ist das politische Engagement der GRÜNEN gewachsen. In aktiver Arbeit vor Ort und in immer mehr Parlamenten treten DIE GRÜNEN in allen Sachfragen für eine menschliche und am Leben zukunftsorientierte Politik ein.

Im Leben jedes Menschen gibt es Augenblicke, in denen er umkehren muß, wenn er das Leben finden will. Heute ist eine Umkehr in fast allen Bereichen unseres öffentlichen und privaten Lebens notwendig, wenn unsere Kinder leben sollen.

Bitte denken Sie einmal in aller Ruhe darüber nach.....

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich nähere Informationen über DIE GRÜNEN. Einfach ausgefüllten Coupon an untenstehende Adresse schicken.

☐ Parteiprogramm
☐ Aktivitäten im Kreis
☐ Einzelinformationen zum Thema

Name:

Straße:

Ort:

Überreicht durch:

DIE GRÜNEN
OV Winterberg
c/o Klaus Becker
Auf der Wallme 49
5788 Winterberg

V.i.S.d.P. DIE GRÜNEN, KV Ludwigsburg, Postfach 141, 7140 Ludwigsburg

Was wollen eigentlich DIE GRÜNEN

Sollen unsere Kinder und Enkel noch eine Welt vorfinden, in der sie leben können?

Wollen wir die Umwelt- und Kriegskatastrophe, die uns bevorzustehen droht, verhindern?

Dann müssen wir jetzt umkehren, neue Wege suchen, ehe es zu spät ist.

Wir? Das sind nicht nur »Die-da-oben«, das sind Sie und Sie und Sie – wir alle!

Wer soll denn gegen die hemmungslose Vergiftung und Zerstörung der Erde Widerstand leisten, wenn nicht wir Menschen, die auf ihr leben?
So viele haben schon erkannt, daß wir die Erde nicht allein für uns heute ausbeuten dürfen. Die Erde gibt's nur einmal, sie wurde uns für alle kommenden Generationen zur Bewahrung übergeben. Zum Leben!

Wer soll wissen, wie Frieden bewahrt wird, wenn nicht wir friedliebenden Menschen, die nicht Opfer eines heute möglich gewordenen, letzten wahnsinnigen Krieges werden wollen?
Daß man sich immer zum Krieg vorbereiten muß, um den Frieden zu sichern, stimmt einfach nicht. Nach diesem »Rezept« hat man schon hunderte von Kriegen erzeugt.
Wer Frieden will, muß den Frieden vorbereiten!

Wer soll wissen, wie die Völker in einer immer enger werdenden Welt friedlich zusammenleben können, wenn nicht wir, solange wir noch Frieden und Reichtum haben?
Gerade wir müssen neue Wege zur Solidarität zwischen den Menschen und Völkern suchen! Aber jede Waffe, die sich die Reichen leisten, macht die Armen noch ärmer und bringt also nicht nur militärischen Zündstoff mit sich!

Wer soll heute wissen, daß die schwierigen politischen Aufgaben der Zukunft auch ohne drohende Gewalt gelöst werden können, wenn nicht wir, die wir doch alle gewaltfrei leben wollen?
Dazu brauchen wir in der Politik und ebenso in der Wirtschaft mehr Menschlichkeit und auf zukünftiges Leben gerichtete Vernunft, die Konflikte abbaut! ...Neue Wege!

Immer mehr kommen auf der Suche nach neuen Wegen zu den GRÜNEN:
Nachdenkliche Bürger, friedliebende Menschen, die solidarisch und gewaltfrei denken und die Zukunft unserer Kinder und Enkel – das weitere Leben auf dieser unserer Erde – nicht vergessen.
Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige, Christen, Konfessionsfreie, Junge Leute, Eltern, Rentner... Menschen, die früher mal CDU, FDP oder SPD gewählt haben –, die jetzt einen neuen für alle Menschen lebenswerten Weg finden wollen.

Denn neue Initiativen brauchen zur Durchsetzung von umfassend neuen Wegen auch eine neue politische Kraft.
Wer demokratisch verändern will, muß auch neben den wichtigen Einzelinitiativen vor Ort dort vertreten sein, wo Politik gemacht wird: in den Parlamenten und Ausschüssen, in den Gemeinden, Ländern und im Bund.

DIE GRÜNEN sind zu der neuen Partei gewachsen, die sich für eine ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Politik einsetzen, die Begriffe wie Frieden und Leben wirklich ernst nimmt – und so die vielen Initiativen und Kräfte und jeden Einzelnen, der diese neuen Wege gehen will, vereinen kann.

Haben DIE GRÜNEN für alles eine Lösung?
Keineswegs. DIE GRÜNEN sind keine »Patentrezept-Ideologen«. Denn die neuen Wege müssen gemeinsam gesucht und in kleinen Schritten erarbeitet werden.
DIE GRÜNEN diskutieren offen die Fragen an die Zukunft, die andere verschweigen und sehen die Aufgaben, um die andere sich drücken. Sie fordern alle auf, besonders auch die in der Regierung verantwortlichen Parteien, sich für neue Lösungen zu öffnen, bevor es für das meiste zu spät ist.

Sind DIE GRÜNEN eine fertige Einheit?
Wie sollten sie das sein, da sie doch Dinge aussprechen und anpacken, die unendlich viele alte und junge Menschen auf so unterschiedliche Art bewegen. Eine politische Kraft wird immer erst dann zur fertigen Einheit, je weniger Fragen offen gestellt werden, wenn die Basis fast nichts mehr zu sagen hat. Mit solch fertigen Einheiten werden keine neuen Wege gefunden.

Sind DIE GRÜNEN gestandene Politiker?
Wenn die Sackgassen immer deutlicher werden, in die